

Das Assessorexamen im Zivilrecht

Anders / Gehle

17., neu bearbeitete Auflage 2026
ISBN 978-3-8006-7860-0
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Anders · Gehle | Das Assessorexamen im Zivilrecht


DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Assessorexamen im Zivilrecht

Von

Dr. Monika Anders

Präsidentin des Landgerichts Essen a.D.

Dr. Burkhard Gehle

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Köln a.D.

17. neu bearbeitete Auflage 2026

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitierweise: Anders/Gehle Assessorexamen ZivilR A. Rn. 1



ISBN PRINT 978 3 8006 7860 0

© 2026 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@vahlen.de
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: John + John GbR, Köln
Umschlag: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar

vahlen.de/nachhaltig
produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlofrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur siebzehnten Auflage

Mit dem Erscheinen der neuen Auflage wird das „Assessorexamen“, das zum ersten Mal 1986 erschienen ist, vierzig Jahre alt. Wir hoffen, dass es auch aus Sicht unserer Leserinnen und Leser nichts an Aktualität verloren hat. In jeder Auflage haben wir die neuen Gesetze und Reformüberlegungen sowie die neue Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt und das Lehrbuch aktualisiert. Dabei haben wir auch immer die wertvollen Hinweise aus dem Kreis unserer Leserinnen und Leser berücksichtigt. Die Herausforderungen waren noch nie so groß wie in der letzten Zeit. Aber wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt und alle neuen Gesichtspunkte, neuen Gesetze, neue Gesetzesvorhaben, neue Rechtsprechung und neue Literatur, berücksichtigt und verarbeitet.

Das Zivilprozessrecht, das traditionell eigentlich eher statisch war, hat in den letzten Jahren eine enorm dynamische Entwicklung genommen. Die vielen Gesetzesänderungen, die umfänglichen Reformüberlegungen mit ihren vielen Pilotprojekten (Stichwort „Zivilprozess der Zukunft“) sowie die enormen Weiterentwicklungen in Rechtsprechung und Literatur beruhen auf der notwendigen und fortschreitenden vollständigen Digitalisierung auch in der Justiz, der Globalisierung, der Europäisierung, dem Phänomen der Massenklagen, dem wachsenden Stellenwert der alternativen Streitschlichtung, dem erheblichen Rückgang der Zivilprozesse, den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen weltweit und vielem anderen mehr.

Die schon bei der Voraufgabe in Kraft getretenen neuen Gesetze sind unter anderem das MoPeG, das KapMuG, das VDuG sowie die neu gefassten §§ 128a, 284 II 129a II ZPO (Videoverhandlung, Videobeweisaufnahme/Antrag und Erklärung per Video zu Protokoll). Seitdem sind die neuen §§ 1121–1136 ZPO (Einführung eines Online-Verfahrens bei den Amtsgerichten in Zivilsachen zur Erprobung und Evaluierung) in Kraft getreten, es sind der Zuständigkeitsstreitwert für Zivilverfahren vor den Amtsgerichten von 5.000 EUR auf 10.000 EUR sowie die Berufungs- und Beschwerdesumme erhöht worden, weitere und geänderte Spezialzuständigkeiten sind geschaffen worden, die Möglichkeit zur Bildung von Commercial Courts für Wirtschaftsverfahren mit hohen Streitwerten bei ausgesuchten OLGs sowie die Bildung von Commercial Chambers bei den Landgerichten für Verfahren in englischer Sprache (§§ 606–614 ZPO, §§ 119b, 184a, 184b GVG) sind nach dem Justizstandort-Stärkungsgesetz eingeführt worden, §§ 130a, 298a ZPO sind geändert sowie § 130e ZPO ist neu eingefügt worden und es gibt jetzt ein Leitentscheidungsverfahren vor dem BGH (vgl. § 552b ZPO). Darüber hinaus liegt ein Referentenentwurf zu einem Gesetz zur Modernisierung des Schiedsverfahrensrechts vor, mit dem ebenso wie mit dem Justizstandort-Stärkungsgesetz die internationale Wettbewerbsfähigkeit der staatlichen Gerichtsbarkeit und der deutschen Schiedsgerichtsbarkeit gestärkt werden sollen. Zu nennen ist ferner der Referentenentwurf zu einem europäisch verpflichtenden Anti-SLAPP-Gesetz (missbräuchliche Verfahren gegen Personen aufgrund ihrer öffentlichen Beteiligung – neue §§ 615–619 ZPO-E), das europäische Grundwerte, wie Meinungs- und Pressefreiheit, stärken soll. Schließlich zu nennen sind die sog. Klimaklagen, die zwar noch keine gesetzlichen Aktivitäten hervorgerufen haben, aber die für die Gerichte eine Herausforderung darstellen (zB Klage eines Peruaners gegen RWE im Hammer Bezirk).

Vorwort zur siebzehnten Auflage

Wie schon in den Voraufgaben thematisiert, hat die Relationsmethode eine Renaissance erfahren. Die Diskussionen um das relationsmäßige Basisdokument, das auch im Lehrbuch als Schema dargestellt ist, hat sich nach der bedeutenden Einfügung des § 139 I 3 ZPO noch weiter verstärkt und gefestigt. Der Gesetzgeber hat nun in § 1126 ZPO zum neuen Online-Verfahren die Möglichkeit für das Gericht geschaffen, den Parteien ab der Klageschrift zwingend einen aufeinander abgestimmten strukturierten Vortrag vorzugeben. Damit ist das relationsmäßige Basisdokument jedenfalls vom Grundgedanken her in die ZPO eingezogen, wenn auch derzeit nur für eine Erprobungsphase. Der Gesetzgeber hat sich in diesem Bereich für den weiteren Ausbau der Verfahrensstrukturierung unter Relativierung der Parteiherrschaft entschieden. Da alle gesetzgeberischen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Effizienzsteigerung im Zusammenhang mit dem Einsatz digitaler Mittel stehen und das Ziel eines schnellstmöglichen und kostengünstigen Ergebnisses nachhaltig nur erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten, insbesondere Richter und Anwälte, den Prozessstoff von Anfang an relationsmäßig durchdenken, ist die Relationsmethode für alle juristischen Praktiker und damit für den juristischen Nachwuchs in der Ausbildung von erheblicher Bedeutung. Im Lehrbuch liefern wir für alle zivilprozessualen Konstellationen im Erkenntnisverfahren zur Relationsmethode und zum Basisdokument Anleitungen und Beispiele.

Wir wünschen mit der neuen Auflage viel Erfolg in der Ausbildung und im Beruf und wir hoffen auf weitere Anregungen, für die wir jetzt schon danken.

Köln, im Frühjahr 2026

Dr. Monika Anders

Dr. Burkhard Gehle

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur siebzehnten Auflage	V
Literaturverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Online: Übungsfälle, Verkehrsunfall, Anhang und Nachträge	XXXIII
Einleitung	1
1. Abschnitt. Allgemeiner Teil	3
A. Bearbeitung eines Zivilrechtsfalles	3
I. Effizienz der Entscheidungsfindung (Relationstechnik)	3
1. Bedeutung der Relationsmethode für die Praxis	3
2. Grunderwägungen zur Relationsmethode	7
II. Aufbau eines Relations-Gutachtens	9
III. Sachverhalt	10
1. Grundsätze des Zivilprozesses	10
2. Tatbestand und Sachbericht (Terminologie)	11
3. Stoffsammlung	13
a) Grundlagen	13
aa) Schriftsätze bzw. elektronische Dokumente	13
bb) Besonderheiten bei elektronischen Dokumenten	15
cc) Urkunden, Privatgutachten, Gutachten in anderen Verfahren	16
dd) Beiakten	18
ee) Sitzungsprotokolle	19
ff) Protokolle über Beweisaufnahmen und schriftliche Sachverständi- gengutachten	20
gg) Beweisbeschlüsse und frühere Entscheidungen desselben Rechts- streites	20
b) Aktenauszug	21
4. Stoffordnung	22
a) Überholtes Vorbringen	22
b) Abgrenzung der Tatsachen von den Rechtsansichten	22
c) Abgrenzung des Streitigen vom Unstreitigen	24
d) Historische Reihenfolge	29
e) Basisdokument/Verfahrensdokument in einer Relationstabelle	29
5. Inhalt und Form von Sachbericht und Tatbestand	34
a) Allgemeines	34
b) Übersicht über die Form	35
c) Geschichtserzählung	35
d) Streitiger Vortrag des Klägers	36
e) Anträge	40
f) Streitiger Vortrag des Beklagten	42
g) Replik und Duplik	44
h) Prozessgeschichte	45
i) Bezugnahmen	48
IV. Rechtliche Würdigung	50
1. Allgemeine Fragen	50
2. Auslegung des Klageantrages	51
3. Sonstige Vorfragen	52
4. Zulässigkeit der Klage	54

Inhaltsverzeichnis

a) Allgemeine Fragen	54
aa) Terminologie	54
bb) Prüfung von Amts wegen	56
cc) Ausführungen im Gutachten	57
dd) Reihenfolge der Zulässigkeitsvoraussetzungen	57
b) Prozessualer Vorrang der Zulässigkeit vor der Begründetheit	59
aa) Grundsatz	59
bb) Qualifizierte Prozess(Zulässigkeits-)voraussetzungen/doppelrelevante Tatsachen	60
cc) Ausnahmen bei gleichzeitiger Unbegründetheit der Klage	61
5. Begründetheit der Klage (Darlegungsstationen) – Grundzüge der Relationsmethode	62
a) Schlüssigkeit (Klägerstation)	62
aa) Allgemeine Grundsätze	62
bb) Aufbaufragen	64
cc) Einreden im Sinne der ZPO	65
dd) Bewertung des Klägervortrags in tatsächlicher Hinsicht	67
ee) Rechtliche und tatsächliche Bindung des Gerichts	71
ff) Besonderheiten bei Nebenforderungen – Exkurs ins materielle Recht	73
b) Erheblichkeit (Beklagtenstation)	78
aa) Allgemeine Grundsätze	78
bb) Bewertung des Beklagtenvortrags in tatsächlicher Hinsicht und Bindungswirkung	80
cc) Gesamterheblichkeit	80
dd) Besonderheiten bei Einreden im Sinne der ZPO	81
ee) Aufbaufragen und Arten des Verteidigungsvorbringens	82
ff) Sog. gleichwertiges (= äquipollentes) Parteivorbringen	84
c) Replik	89
d) Duplik	90
V. Tatsächliche Würdigung (Beweisstation)	91
1. Allgemeine Fragen	91
2. Beweisbedürftigkeit	94
3. Beweiswürdigung	97
4. Beweislast, non liquet und Beweisfälligkeit	99
5. Die Beweiserhebung	100
6. Strengbeweis und Freibeweis	103
7. Aufbau anhand von Schaubildern	103
VI. Die Tenorierung	105
1. Allgemeine Fragen	105
2. Abgrenzung zur sogenannten Entscheidungsstation	105
3. Hauptsachenentscheidung	106
4. Kostenentscheidung	110
a) Kosten des Rechtsstreits	110
aa) Gerichtskosten	110
bb) Außergerichtliche Kosten	111
b) Kostengrundentscheidung und Kostenerstattung	112
c) Prozessualer und materiell-rechtlicher Kostenerstattungsanspruch	113
d) Einheit der Kostenentscheidung und Kostentrennung	113
e) Kostenentscheidung nach § 91 und Ausnahmen	115
f) Kostenentscheidung nach § 92	116
aa) § 92 I	116
bb) Fiktiver Streitwert (Quotenstreitwert)	119
cc) § 92 II	121
g) Kostenentscheidung nach § 93	122
h) Kostenentscheidung bei Klagerücknahme	124
i) Kostenentscheidung bei Streitgenossenschaft	127

aa) § 100 I, IV und Baumbach'sche Kostenformel	127
bb) Unterschiedliche Beteiligung, § 100 II	131
cc) Besondere Angriffs- und Verteidigungsmittel, § 100 III	133
j) Kostenentscheidung nach § 101 bei Streithilfe	133
5. Vorläufige Vollstreckbarkeit	134
a) Allgemeine Fragen	134
b) § 709, Vollstreckung gegen Sicherheitsleistung	135
aa) Allgemeines: Zweck der Sicherheit	135
bb) Art der Sicherheitsleistung	136
cc) Höhe der Sicherheitsleistung	136
dd) Fragen der Tenorierung	138
c) § 708, Vollstreckung ohne Sicherheitsleistung	138
d) § 711, Abwendungsbefugnis	140
e) § 713, keine Schutzanordnung	141
VII. Rechtsmittelbelehrung	142
VIII. Übungsfälle	142
1. Grundfall	142
2. Verkehrsunfall und Berufung	142
B. Urteil und Beschluss	143
I. Das Urteil	143
1. Allgemeine Fragen	143
2. Rubrum	144
a) Aktenzeichen	145
b) Verkündungsvermerk	145
c) Überschrift	146
d) Bezeichnung der Prozessbeteiligten	146
e) Bezeichnung des Gerichts und der Richter sowie Angabe des Tages der letzten mündlichen Tatsachenverhandlung	151
f) Streithelfer	153
3. Tenor	153
4. Tatbestand	153
5. Entscheidungsgründe	154
a) Inhalt der Entscheidungsgründe	154
aa) Allgemeine Fragen	154
bb) Prozessualer Vorrang und Offenlassen von Fragen	156
cc) Begründetheit der Klage	157
dd) Abweisung der Klage	158
ee) Teilweise Begründetheit der Klage	158
b) Der Urteilsstil	158
c) Aufbau der Entscheidungsgründe	160
aa) Gesamtergebnis	160
bb) Auslegung des Klageantrages und andere Vorfragen	161
cc) Zulässigkeit der Klage	162
dd) Begründetheit der Klage	163
ee) Prozessuale Nebenentscheidungen	164
ff) Rechtsmittelbelehrung	165
d) Streitwertfestsetzung	166
II. Der Beschluss	167
1. Allgemeine Fragen	167
2. Form und Inhalt	167
a) Überschrift	168
b) Rubrum	168
c) Tenor	168
d) Gründe	169
e) Unterschriften	169
3. Muster eines Hinweis- und Auflagenbeschlusses sowie eines Beweis- beschlusses	169

Inhaltsverzeichnis

a) Hinweis- und Auflagenbeschluss	170
b) Beweisbeschluss	171
III. Übungsfall	172
C. Die Examensklausur aus dem Tätigkeitsbereich eines Zivilgerichts	173
I. Allgemeines	173
II. Besonderheiten bei Urteils- oder Beschlussklausuren	173
1. Inhalt und Form	173
2. Praktische Hinweise	173
III. Besonderheiten bei Gutachtenklausuren	175
1. Inhalt und Form	175
a) Allgemeines	175
b) Relationsmäßiges Gutachten	176
c) Einschichtiges Gutachten	177
2. Praktische Hinweise	177
D. Besonderheiten bei Klausuren aus der anwaltlichen Praxis	179
I. Allgemeine Anforderungen an eine Anwaltsklausur	179
II. Begutachtung	180
1. Ausgangspunkt	180
2. Einzelne Denkschritte	180
3. Aufbau	182
4. Erarbeitung des Sachverhalts	183
5. Vorschlag	186
6. Antrag oder andere Vorfragen	186
7. Zulässigkeit der Klage	188
8. Schlüssigkeit und Erheblichkeit	189
9. Beweisprognose	191
a) Allgemeines	191
b) Bereits durchgeführte Beweisaufnahme	191
c) Keine Beweisaufnahme	192
d) Erhobene Beweise, weitere Beweismittel	195
10. Zweckmäßigkeitserwägungen	195
a) Allgemeines	195
b) Überlegungen zum Sachverhalt	196
aa) Allgemeines	196
bb) Gestaltung der Sachlage	196
cc) Umfang des Vortrags	198
c) Prozessuale Überlegungen	200
aa) Rat vor Klageerhebung	200
bb) Kostengesichtspunkte	203
cc) Vollstreckungsgesichtspunkte	205
dd) Streitverkündung	206
ee) Vergleichsüberlegungen und Frage einer Mediation	206
ff) Weitere Erwägungen	209
11. Ergebnis und Antrag	209
12. Schreiben an den Mandanten	209
13. Übungsfall	210
14. Schriftsatz an das Gericht	210
E. Der mündliche Vortrag (Aktenvortrag)	212
I. Allgemeines	212
II. Aufbau	212
1. Einleitung	213
2. Sachverhalt	213
3. Vorschlag	214
4. Stellungnahme	214
5. Tenor oder anderer Entscheidungsvorschlag	215
III. Praktische Hinweise	215
IV. Übungsfall zum Aktenvortrag (Übung zu Teil E.)	217

V. Exkurs: Das Votum	217
2. Abschnitt. Besonderer Teil	219
F. Beweis und Beweiswürdigung	219
I. Die Beweismittel	219
1. Der Zeugenbeweis	219
a) Aufgaben	219
b) Das Beweisangebot	220
aa) Zeugenbenennung	220
bb) Bezeichnung der Tatsachen, Substantiierung und Ausforschung	221
cc) Verzicht	223
c) Die Abgrenzung des Zeugenbeweises von der Parteivernehmung	224
aa) Grundsatz und Einzelfälle	224
bb) Prozessunfähige Partei	224
cc) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Zeugeneigenschaft	225
d) Die Vernehmung	225
aa) Durchführung	225
bb) Schriftliche Beantwortung	226
cc) Vernehmungstechnik	227
dd) Das Protokoll	228
2. Der Sachverständigenbeweis	230
a) Aufgaben, Abgrenzung zum Zeugenbeweis	230
aa) Sachkunde	230
bb) Sachverständiger Zeuge	230
cc) Sachverständigenbeweis und Rechtsfragen	231
b) Das Beweisangebot	231
aa) Voraussetzungen	231
bb) Hinzuziehung von Amts wegen	232
c) Beweiserheblichkeit, Beweisbedürftigkeit	232
aa) Grundlage der Ermessensentscheidung	232
bb) Gutachten aus anderen Verfahren, Privatgutachten	233
d) Tatsächliche Grundlagen der Begutachtung	235
aa) Anschlusstatsachen	235
bb) Befundstatsachen	235
cc) Umgang mit neu ermittelten Tatsachen	237
e) Die Gutachteranhörung	237
f) Verfahrensfragen	238
3. Der Augenscheinsbeweis	239
a) Funktion	239
b) Das Beweisangebot	240
c) Verfahrensfragen	241
4. Der Urkundenbeweis	241
a) Arten von Urkunden	241
b) Formelle (äußere) Beweiskraft	242
aa) Bedeutung	242
bb) Öffentliche Urkunden	244
cc) Privaturkunden	245
c) Materielle (innere) Beweiskraft	246
d) Der Beweis Antrag	247
e) Verwertung von Beiakten	248
aa) Der Inhalt von Beiakten	248
bb) Zulässigkeit der Verwertung	248
cc) Erwähnung im Tatbestand	250
f) Gutachten und andere schriftliche Äußerungen	250
g) Typische Fehler beim Urkundenbeweis	250
5. Die Parteivernehmung	251

Inhaltsverzeichnis

a) Zweck	251
b) Grundlagen der Parteivernehmung	252
aa) Beweisantrag nach § 445 I	252
bb) Vernehmung von Amts wegen	253
c) Abgrenzung von Parteivortrag und Geständnis	254
d) Verfahrensfehler	254
e) Vernehmung	254
6. Amtliche Auskünfte	255
7. Die Glaubhaftmachung	256
a) Zulässigkeit und Voraussetzungen	256
b) Wiedereinsetzungsantrag	257
II. Das selbstständige Beweisverfahren	258
1. Aufgaben und Grundlagen	258
a) Beweissicherung	258
b) Sachverständigenbeweis bei rechtlichem Interesse	259
c) Verfahren	259
2. Verwertung im Rechtsstreit	260
3. Kosten	261
a) Entscheidung im selbstständigen Beweisverfahren	261
b) Entscheidung im Hauptsacheverfahren	262
c) Materiell-rechtlicher Kostenerstattungsanspruch	263
4. Streitwert	263
III. Die Beweiswürdigung	263
1. Allgemeines	264
a) Ausgangspunkt: Die Beweisfrage	264
b) Freie Beweiswürdigung	264
c) Hauptteile der Beweiswürdigung	265
2. Die Ergiebigkeit des Beweismittels	266
a) Positive und negative Ergiebigkeit	266
b) Beweis des Gegenteils	266
3. Die Überzeugungskraft des Beweismittels	267
a) Die innere Beweiskraft	267
aa) Zeugen- und Parteivernehmung	267
bb) Sachverständigengutachten	268
cc) Augenschein und Urkunde	269
b) Das Beweismittel im Gesamtrahmen des Rechtsstreits	270
aa) Vergleich mit anderen Erkenntnissen	270
bb) Vergleich mit dem Sachvortrag	271
c) Besonderheiten bei Zeugenbeweis und Parteivernehmung	272
aa) Wahrnehmungsfehler	272
bb) Wiedergabefehler	273
cc) Eigene Interessen	273
dd) Verhalten des Zeugen, persönlicher Eindruck	274
ee) Vereidigung	274
IV. Indizien	275
1. Allgemeine Grundsätze	275
a) Indizien im engeren Sinne	275
aa) Haupt- und Hilfstatsachen	275
bb) Logischer Beweiswert	275
cc) Zweistufige Prüfung	277
b) Auswirkungen auf Darlegung, Substantiierungslast und Beweisführung	278
aa) Substantiierung	278
bb) Beweisführung	279
2. Gutachten und Urteil	280
a) Gutachten	280
b) Urteil	280

aa) Tatbestand	280
bb) Entscheidungsgründe	281
3. Exkurs: Der fingierte Verkehrsunfall	281
a) Beweislast und Beweisführung	281
b) Prozessuale Fragen	283
V. Vermutungen und Anscheinsbeweis	284
1. Grundlage: Erfahrungssätze	284
2. Gesetzliche Vermutungen	284
a) Vermutungstatbestand	284
b) Ein Beispielfall zu § 1006 BGB	285
c) Möglichkeiten des Beweisgegners	287
aa) Zwei Ebenen	287
bb) Tragweite	288
3. Tatsächliche Vermutungen, Anscheinsbeweis	289
a) Grundlage	289
aa) Lebenserfahrung	289
bb) Klare Formulierung des Erfahrungssatzes	291
cc) Darlegungs- und Beweisfragen	292
b) Beispiele	292
aa) Kasuistik	292
bb) Verkehrssicherungspflichten	293
cc) Vermutungswirkungen der Urkunde	294
c) Möglichkeiten des Beweisgegners	296
aa) Zwei Ebenen	296
bb) Tragweite, insbesondere: Beratungspflichten	298
cc) Fortgang bei erfolgreicher Verteidigung	299
4. Gutachten und Urteil	300
a) Gutachten	300
b) Urteil	301
5. Schema	302
VI. Die Beweislast	303
1. Gesetzliche Grundlagen	303
a) Definition	303
b) Grundregeln	303
c) Negative Tatsachen	304
d) Parteistellung	305
e) Darlegungslast und Beweislast	305
f) Gutachten und Urteil	305
2. Beweislastumkehr	306
a) § 280 I 2 BGB (Gefahrenbereich, Gefahrenkreis)	306
b) Von der Rechtsprechung entwickelte Fallgruppen	307
3. Beweiserleichterungen	308
a) Allgemeines	308
b) Versicherungsfälle: Der Beweis für das äußere Bild	309
c) Weitere Hinweise	311
4. Beweisvereinbarungen	311
VII. Beweisvereitelung	312
VIII. Schadensermittlung nach § 287 ZPO	313
1. Anwendungsbereich Abs. 1, Abgrenzung zu § 286 ZPO	313
2. Ermessen	314
3. § 287 II ZPO	315
4. Folgen für die prozessuale Lage	316
a) Darlegungs- und Beweislast	316
b) Unbezifferter Leistungsantrag	316
5. Streitwert und Kostenentscheidung	317
6. Gutachten und Urteil	318

G. Die Aufrechnung als Verteidigungsmittel im Prozess	319
I. Rechtsnatur und Wirkungen	319
1. Aufrechnung als Einwendung	319
2. Außerprozessuale Aufrechnung	320
3. Prozessaufrechnung	320
II. Rechtskraft und Rechtshängigkeit	321
1. Wirkungen des § 322 II ZPO	321
a) Rechtskraftwirkungen	321
b) Geltungsbereich	322
c) Verneinung der Zulässigkeit, Besonderheiten bei der Präklusion	322
d) Verrechnung	323
2. Keine Rechtshängigkeit	324
III. Aufrechnung als Verteidigungsmittel – Prozessuale Auswirkungen	324
1. Prozessuale Besonderheiten	324
2. Vorbehaltssurteil	326
IV. Zulässigkeit der Aufrechnung im Einzelnen	327
1. Unzulässigkeit aus prozessualen Gründen	327
a) Fallkonstellationen	327
b) Auswirkungen der prozessual unzulässigen Aufrechnung	328
2. Unzulässigkeit aus materiell-rechtlichen Gründen	329
V. Gutachten und Urteil	329
1. Prüfungsreihenfolge	329
2. Gutachten	330
3. Urteil	330
4. Streitwert und Kosten	331
VI. Hilfsaufrechnung	331
1. Abgrenzung von Haupt- und Hilfsaufrechnung	331
a) Unbedingte Aufrechnung	331
b) Hilfsaufrechnung	331
aa) Einführung in den Prozess	331
bb) Sachbehandlung	332
2. Besonderheiten im Gutachten	333
a) Aufbauschemata	333
b) Beweisaufnahme in der Praxis	334
3. Besonderheiten in Tatbestand und Entscheidungsgründen	335
4. Streitwert und Kosten	336
a) Streitwert	336
b) Kostenentscheidung	337
c) Mehrere Gegenforderungen	338
VII. Exkurs: Das Zurückbehaltungsrecht	339
1. Materiell-rechtliche und prozessuale Grundlagen	339
2. Hauptsachentenor, Streitwert und Kosten	340
3. Weitere Besonderheiten in Gutachten und Urteil	342
VIII. Überlegungen für die anwaltliche Praxis	343
H. Versäumnisurteil und Einspruchsverfahren	346
I. Das Versäumnisurteil	346
1. Echte und unechte Versäumnisurteile	346
2. Voraussetzungen für den Erlass eines echten Versäumnisurteils	348
a) Versäumnisurteil gegen den Beklagten	348
aa) Der Begriff der Säumnis	348
bb) Antrag des Klägers	351
cc) Zulässigkeitsvoraussetzungen	351
dd) Schlüssigkeit des Klägervorbringens	352
b) Versäumnisurteil gegen den Kläger	353
II. Das Einspruchsverfahren	353
1. Zulässigkeit des Einspruchs	354
a) Zulässigkeitsvoraussetzungen	354

aa) Statthaftigkeit	354
bb) Frist	354
cc) Form	355
dd) Einspruchsbegründung keine Zulässigkeitsvoraussetzung	356
ee) Keine Beschwerde	356
b) Entscheidung bei Unzulässigkeit	356
2. Besonderheiten beim zweiten Versäumnisurteil	357
3. Sachentscheidung nach Einspruch	358
a) Aufhebung des Versäumnisurteils	359
b) Aufrechterhaltung des Versäumnisurteils	360
c) Teilweise Aufhebung und teilweise Aufrechterhaltung des Versäumnisurteils	360
4. Gutachten und Urteil	361
a) Gutachten	361
b) Tatbestand	362
c) Entscheidungsgründe	363
III. Entscheidung nach Lage der Akten	363
IV. Exkurs: Vollstreckungsbescheid	364
V. Weitere Überlegungen aus der anwaltlichen Praxis	366
I. Verspätete Angriffs- und Verteidigungsmittel	368
I. Bedeutung der Verspätungsvorschriften	368
II. Systematik des Gesetzes	368
III. Die Tatbestandsvoraussetzungen der Verspätungsvorschriften	369
1. Angriffs- und Verteidigungsmittel	369
2. Gerichtliche Fristen	370
3. Verzögerung des Rechtsstreits	371
4. Verschulden	374
IV. Gutachten und Urteil	374
1. Aufbau des Gutachtens 1. Instanz	374
2. Urteil	375
V. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	377
J. Haupt- und Hilfsvorbringen	379
I. Der Streitgegenstand	379
1. Gesetzliche Ausgangslage	379
2. Praktische Handhabung	379
a) Der zweigliedrige Streitgegenstandsbegriff	379
b) Prozessualer Anspruch	381
c) Der Lebenssachverhalt (Klagegrund)	382
II. Mehrfache Anspruchsbegründung	383
1. Grundsätze	383
2. Beispielfälle	385
a) Rechtsausführungen oder konkludenter Sachvortrag	385
b) Hilfsvorbringen	385
c) Hilfsweise Übernahme von gegnerischem Vortrag oder von Beweisergebnissen	387
d) Alternative Begründung eines prozessualen Anspruchs	388
e) „Alternativklage“	388
3. Gutachten und Urteil	389
a) Gutachten	389
aa) Auslegung des Klageantrags	389
bb) Zulässigkeit	389
cc) Schlüssigkeit	390
dd) Erheblichkeit	392
b) Urteil	392
III. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	393
K. Haupt- und Hilfsantrag	394
I. Prozessuale Fragen	394

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen und Grenzen der Zulässigkeit	394
a) Hilfsantrag: Antrag unter einer Bedingung	394
b) Zulässigkeit der innerprozessualen Bedingung	395
c) Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	396
2. Besondere Teilaspekte	397
a) Abgrenzung zum Hilfsvorbringen	397
b) Inhalt und Tragweite der Bedingung	398
aa) Rechtshängigkeit des Hilfsantrags	398
bb) Folgen in der Rechtsmittelinstanz	398
cc) Teilerfolg des Hauptantrags, vom Normalfall abweichende Bedingungen	399
dd) Hemmung der Verjährung	400
c) Antragsänderung	401
II. Gutachten und Urteil	402
1. Gutachten	402
2. Urteil	403
III. Streitwert und Kostenentscheidung	404
1. Streitwert	404
2. Kostenentscheidung	405
a) Ausgangsfälle	405
b) Fälle der Wertaddition	405
c) Fälle ohne Wertaddition	406
IV. Sonderfälle	407
1. Verdeckte Hilfsanträge	407
a) Auslegung des Klageantrags	407
b) Zulässigkeit	408
c) Entscheidung	409
2. Exkurs: Teilklagen	410
a) Bestimmtheit	410
b) Hemmung der Verjährung	411
3. Hilfsantrag auf Verweisung	412
V. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	413
1. Vollständige Prüfung	413
2. Vertretung der Beklagtenseite	413
3. Vertretung der Klägerseite	414
4. Sonderfälle	415
L. Unechte Hilfsanträge (Der Unvermögensfall)	417
I. Begründetheit als Bedingung	417
II. Frist zur Erfüllung und Schadensersatz	417
1. Materiell-rechtliche Grundlagen	417
2. Fristsetzung im Urteil	418
3. Leistungsantrag für den Fall des fruchtlosen Fristablaufs	418
a) Inhaltliche Erfassung des Antrags	418
b) Zulässigkeit der Bedingungen	419
c) Bedeutung des § 259 ZPO	420
d) Materiell-rechtliche Fragen	420
e) Schadensersatz für den Fall, dass der Kläger diesen verlangt	420
4. § 510b ZPO	421
5. Gutachten und Urteil	422
6. Streitwert	422
7. Prozessuale Nebenentscheidungen	423
a) Kosten	423
b) Vorläufige Vollstreckbarkeit	424
III. Der Einwand des Unvermögens	424
1. Die Veräußerung des streitbefangenen Gegenstands	424
2. Die gegen den mittelbaren Besitzer gerichtete Herausgabeklage	425
3. Streitige Unmöglichkeit	426

a) Zulässigkeit	426
b) Begründetheit	426
aa) Schlüssigkeit (Klägerstation)	426
bb) Erheblichkeit (Beklagtenstation)	426
4. Hilfsantrag: „im Unvermögensfall“	427
a) Zulässigkeit	427
b) Aufbaufragen	427
c) Zwangsvollstreckung	427
d) Doppelbedeutung des Hilfsantrags	428
5. Fristsetzung bei Unerheblichkeit des Unvermögenseinwands	429
IV. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	429
M. Die Widerklage	431
I. Prozessuale Gegebenheiten	431
1. Ausgangslage	431
a) Erhebung einer Widerklage	431
b) Widerklage infolge Verbindung	432
2. Zur Zulässigkeit im Einzelnen	432
a) Allgemeine Prozessvoraussetzungen	432
aa) Wertgrenzen	432
bb) Streitgegenstand	433
b) Konnexität, § 33	434
II. Darstellung in Gutachten und Urteil	435
1. Gutachten	435
a) Grundschemata	435
b) Umgekehrte Prüfreihefolge	436
2. Urteil	437
a) Rubrum und Tenor	437
b) Tatbestand	438
c) Entscheidungsgründe	438
III. Streitwert und Kostenentscheidung	439
1. Streitwert	439
2. Kostenentscheidung	440
a) Grundsatz der Kosteneinheit	440
b) Beispielsfälle	441
IV. Sonderfälle	443
1. Die petitorische Widerklage	443
a) Problemstellung	443
b) Besonderheiten bei der Zulässigkeit	444
c) Streitwert	444
d) Aufbau des Gutachtens und der Entscheidungsgründe	444
2. Die Hilfs-Widerklage (Eventualwiderklage)	445
3. Widerklage unter Beteiligung Dritter (Drittwiderklage)	446
a) Widerklage ausschließlich gegen einen Dritten	446
b) Parteierweiternde Widerklage	447
aa) Voraussetzungen der Zulässigkeit	447
bb) Verkehrsunfall	448
cc) Unzulässigkeit der Unterlassungs-Widerklage	448
c) Hinzutreten eines neuen „Widerklägers“	449
V. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	449
N. Die Stufenklage	451
I. Einführung	451
1. Verfahrensrechtliche Fragen	451
a) Klagehäufung und Bestimmtheitsgrundsatz	451
b) Umfang der Rechtshängigkeit, Verjährung	452
2. Materiell-rechtliche Fragen	453
a) Gesetzlich geregelte Auskunftsansprüche	453
b) Anspruch aus § 242 BGB	453

Inhaltsverzeichnis

c) Die eidesstattliche Versicherung	454
d) Erfüllung des Auskunftsanspruchs	454
II. Charakteristische Merkmale der Stufenklage	456
1. Stufenweises Vorgehen	456
2. Exkurs: Das Teilurteil im Allgemeinen	457
a) Grundlagen und Gegenstand	457
b) Zulässigkeit	457
c) Grund- und Teilurteil	460
d) Besonderheiten im Urteil	461
e) Rechtsmittel	462
3. Teilurteil auf einer der ersten Stufen	463
a) Begrenzte Rechtskraft	463
b) Möglichkeit von Grund- und Teilurteil in der Stufenklage? Zwischenfeststellung?	464
c) Erledigung auf einer unteren Stufe?	464
4. Unbegründetheit der Klage	465
a) Fehlen des (letzten) Leistungsanspruchs	465
b) Fehlen anderer Voraussetzungen	466
5. Ergebnislosigkeit der Auskunft und „Erledigung“ der dritten Stufe	466
III. Darstellung in Gutachten und Urteil	467
1. Gutachten	467
2. Urteil	467
IV. Streitwert und Kostenentscheidung	468
1. Streitwert	468
a) Für die Zuständigkeit	468
aa) Der Leistungsanspruch (letzte Stufe)	468
bb) Der Auskunftsanspruch	469
cc) Der Anspruch auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	469
b) Für die Gebühren	469
c) Rechtsmittelstreitwert	471
2. Die Kostenentscheidung	471
a) Grundfall	471
b) Besondere Kosten auf einzelnen Stufen	472
c) Kostenentscheidung bei teilweiser Rücknahme	472
V. Besonderheiten in der Rechtsmittelinstanz	473
1. Berufung gegen Teilurteil auf einer unteren Stufe	473
a) Beschwer	473
b) Entscheidungsumfang	474
2. Berufung gegen klageabweisendes Urteil	475
VI. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	475
O. Die Feststellungsklage	478
I. Bedeutung und Voraussetzungen	478
1. Zulässigkeit	478
a) Rechtsverhältnis	478
aa) Definition und Zweck	478
bb) Rechte, nicht Tatsachen	479
cc) Elemente von Ansprüchen	479
dd) Abstrakte Rechtsfragen	480
ee) Gegenwärtiges Rechtsverhältnis	480
ff) Drittbeziehungen	481
gg) „Feststellung“ eines Urteils	481
b) Echtheit oder Unechtheit einer Urkunde	482
c) Das Feststellungsinteresse	482
aa) Beseitigung einer Ungewissheit	483
bb) Möglichkeit der teilweisen Bezifferung	485
cc) Das rechtliche Interesse als Zulässigkeitsvoraussetzung eigener Art	485

2. Begründetheit	486
3. Rechtskraft	487
a) Sachurteil	487
b) Haftungsquoten	488
c) Tenor	488
II. Aufbau des Gutachtens	489
III. Die negative Feststellungsklage	489
1. Zulässigkeit: Antrag und rechtliches Interesse	489
a) Bestimmtheit	489
b) Rechtliches Interesse	490
2. Darlegungs- und Beweislast	491
3. Rechtskraftwirkungen des Urteils	491
4. Teilerfolg	492
IV. Die Zwischenfeststellungsklage	492
1. Vorgeflichkeit	492
2. Entscheidung des Gerichts	493
V. Kollision von negativer Feststellungsklage und Leistungsklage	494
1. Zulässigkeit der Leistungsklage	494
2. Feststellungsinteresse, Erledigung der Hauptsache	494
VI. Streitwert	496
VII. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	496
P. Die Erledigung des Rechtsstreits	499
I. Ausgangspunkt	499
1. Notwendigkeit einer Lösung	499
2. Natur der Erledigungserklärung	499
3. Rechtsmittelinstanz	500
II. Übereinstimmende Erledigungserklärungen, § 91a ZPO	501
1. Rechtliche Besonderheiten	501
a) Wirkungen	501
b) Unterlassungstitel	501
c) Bindung des Gerichts	502
d) Rechtsnatur und Auslegung der Erledigungserklärung	502
aa) Ausdrückliche, konkludente Erklärungen	502
bb) Schwebezustand	503
e) Wechselseitige Kostenanträge, bindende Regelungen	504
2. Wirksamkeits- und Zulässigkeitsvoraussetzungen	504
a) Rechtshängigkeit	504
b) Kein „erledigendes Ereignis“	504
3. Der Beschluss nach § 91a	505
a) Formalien	505
b) Sachverhaltsdarstellung	506
c) Grundsätze der Kostenentscheidung nach § 91a	507
aa) Aufbau und Einleitung	507
bb) Bisheriger Sach- und Streitstand	507
cc) Billigkeitsentscheidung abweichend vom Sach- und Streitstand	509
dd) Erledigung durch Vergleich	510
d) Streitwert	512
e) Gutachtenmäßige Vorbereitung des Beschlusses	513
f) Rechtsmittel	513
4. Teilweise übereinstimmende Erledigungserklärungen	514
a) Praktischer Ausgangsfall: Teilzahlung	514
b) Streitwert, Kosten und vorläufige Vollstreckbarkeit	514
aa) Streitwert	514
bb) Einheitliche Kostenentscheidung	515
cc) Vollstreckbarkeit	516
c) Gutachten und Urteil	517
aa) Gutachten	517

Inhaltsverzeichnis

bb) Urteil	517
d) Rechtsmittel	518
III. Einseitige Erledigungserklärung	519
1. Rechtsnatur und Wirkungen	519
2. Auslegungsfragen in Gutachten und Urteil	520
a) Vollständige Erledigung	520
b) Besonderheiten bei der einseitigen Teilerledigung	521
aa) Zulässigkeit	521
bb) Zuständigkeit	521
cc) Widerspruch des Beklagten	521
dd) Wendung „abzüglich“	521
3. Feststellungsinteresse	523
4. Begründetheit des Feststellungsantrags	524
a) Fälle der Erledigung	524
aa) Fortfall von Zulässigkeit oder Begründetheit	524
bb) Sachentscheidung	526
b) Maßgeblicher Zeitpunkt für das erledigende Ereignis, Beweislast	526
5. Tenor und Streitwert	527
a) Hauptsache	527
b) Kostenentscheidung und Vollstreckbarkeit	527
c) Streitwert	528
6. Rechtsmittel und Rechtskraft	529
7. Gutachten und Urteil	530
IV. Hilfsanträge	531
1. Hilfsweise erklärte Erledigung	531
2. Ursprüngliches Klagebegehren als Hilfsantrag	532
3. Auswirkung von Erledigungserklärungen auf Hilfsanträge	533
V. Durchsetzung des Kosteninteresses in anderen Fällen	533
1. Ausgangsproblem	533
2. Kostenentscheidung nach § 269 III 3	534
3. Kostenentscheidung nach § 91a	536
4. Streitige Feststellung des Kosteninteresses	536
a) Ausgangsfall	536
aa) Schadensersatz wegen verweigerter Auskunft	536
bb) Lösungsansatz	537
cc) Klageantrag	537
b) Erfüllung vor Rechtshängigkeit und andere Fälle	538
c) Tenor	539
d) Streitwert	539
e) Teilfeststellung und Teilerfolg	539
f) Gutachten und Urteil	540
aa) Gutachten	540
bb) Urteil	541
VI. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	542
1. Aus der Sicht der Klägerseite	542
2. Aus der Sicht der Beklagtenseite	543
Q. Der Urkundenprozess	545
I. Wesentliche Merkmale	545
II. Die Zulässigkeit des Vorverfahrens	545
1. Allgemeine Voraussetzungen	545
2. Statthaftigkeit	546
a) Umfang	546
b) Unstatthaftigkeit wegen der Natur des Anspruchs	546
c) Verfahrensfragen	547
aa) Erklärung	547
bb) Vorlage von Urkunden	547
cc) Erledigung der Hauptsache	547

3.	Umfang der Vorlage von Urkunden	548
a)	Problemstellung	548
b)	Prägende Urkunde und Beweisbedürftigkeit („Lieferschein-Fall“)	548
c)	Säumnis des Beklagten	550
d)	Begrenzter Vorrang der Statthaftigkeit („Wucher-Fall“)	550
4.	Objektive Klagenhäufung	551
III.	Weitere Besonderheiten	551
1.	Beschränkung der Beweismittel	551
2.	Einwendungen der Beklagtenseite	553
a)	Urkundenbeweis	553
b)	Hilfsverteidigung	554
3.	Widerklage	554
4.	Wechsel des Verfahrens	555
a)	Abstandnahme nach § 596 ZPO	555
b)	Umgekehrter Weg	555
c)	Kein Hilfsantrag	556
IV.	Wechsel- und Scheckprozess	556
1.	Verfahren	556
2.	Statthaftigkeit	557
3.	Beschränkung der Beweismittel	557
V.	Gutachten und Urteil im Urkundenprozess	557
1.	Gutachten	557
a)	Wahl der Verfahrensart	557
b)	Zulässigkeit	557
2.	Urteil	558
a)	Entscheidungsmöglichkeiten	558
b)	Nebenentscheidungen	560
c)	Entscheidungsgründe	560
VI.	Das Nachverfahren	560
1.	Allgemeines	560
2.	Die Wirkungen des Vorbehaltsurteils	560
a)	Bindungswirkung	560
b)	Beispielsfälle	562
3.	Klageänderung im Nachverfahren	563
4.	Der Abschluss des Nachverfahrens	563
5.	Gutachten und Urteil	564
a)	Gutachten	564
b)	Urteil	564
VII.	Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	565
R.	Parteistellung und Parteiänderungen	567
I.	Begründung der Parteistellung	567
II.	Parteiwechsel	568
1.	Gesetzliche Regelungen	568
2.	Gewillkürter Parteiwechsel	568
a)	Wechsel auf Beklagtenseite	570
aa)	Vor Beginn der mündlichen Verhandlung	570
bb)	Nach Beginn der mündlichen Verhandlung	571
cc)	Verfahrensfragen	572
dd)	Kostenentscheidung	572
b)	Wechsel auf Klägerseite	573
aa)	Erklärung sämtlicher Kläger	573
bb)	Klageänderung und Rücknahme	573
cc)	Unwirksame Rücknahme	574
dd)	Eintritt in den Rechtsstreit	575
ee)	Kostenentscheidung	575
c)	Gutachten und Urteil	575
aa)	Gutachten	575

Inhaltsverzeichnis

bb) Urteil	576
III. Parteierweiterung	577
IV. Weitere Überlegungen für die anwaltliche Praxis	578
V. Rubrumsberichtigung	578
1. Identität der Parteien	578
2. Gutachten und Urteil	579
VI. Exkurs: Zwischenurteile	579
1. Arten von Zwischenurteilen	579
a) Zwischenurteile gegenüber Dritten	579
b) Zwischenurteil nach § 280	580
c) Zwischenurteil nach § 303	580
d) Das Grundurteil nach § 304	581
aa) Voraussetzungen	581
bb) Grund und Höhe	582
cc) Urteilstenor und -wirkungen	583
dd) Haftungsgrenzen und -quoten	584
ee) Rechtsmittel	585
2. Tatbestand und Entscheidungsgründe	585
a) Tatbestand	585
b) Entscheidungsgründe	585
aa) Streitpunkte	585
bb) Prozessuale Nebenentscheidungen	585
3. Besonderheiten bei der Frage der Zulässigkeit des Parteiwechsels	586
4. Besonderheiten beim Streit um die Wirksamkeit eines Prozessvergleichs	586
a) Doppelnatur	586
b) Streit um die Wirksamkeit	587
c) Fortsetzung des Rechtsstreits bei anfänglicher Unwirksamkeit	588
d) Entscheidung	589
S. Berufung	590
I. Allgemeine Grundsätze	590
1. Wesen und Wirkungen	590
a) Rechtsmittel	590
b) Suspensiv-effekt	590
c) Devolutiv-effekt und Zuständigkeit	590
d) Zwangsvollstreckung	591
2. Prüfungskompetenz des Berufungsgerichts	592
a) Prozessstoff	592
aa) Grundsätzliche Bindung	592
bb) Rechtliche Bewertungen, Auslegung	593
cc) Rechtsverletzungen	593
dd) Anträge	594
ee) „Heraufziehen“ aus der ersten Instanz	595
b) Beweisaufnahme in der zweiten Instanz	596
aa) Beweiserheblichkeit	596
bb) Ausgangspunkt: § 529 I Nr. 1	596
cc) Anforderungen an neue Feststellungen	598
3. Verspätungsvorschriften	599
a) Eigenständige Regelung	599
b) Systematik des Gesetzes	599
c) Besonderheiten bei § 530 und § 531 II	600
aa) Angriffs- und Verteidigungsmittel	600
bb) Verspätung innerhalb der Berufung	601
cc) Neues Vorbringen	601
dd) Zulassung von neuem Vorbringen	602
ee) Folgen von Verstößen gegen § 531 II	604
d) Besonderheiten bei § 531 I	605
II. Zulässigkeit der Berufung	606

1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	606
a) Statthaftigkeit	607
aa) Anfechtbare Entscheidung	607
bb) Berechtigter Berufungskläger	608
b) Beschwer des Berufungsklägers	609
aa) Allgemeine Fragen	609
bb) Besonderheiten beim Kläger	610
cc) Besonderheiten beim Beklagten	611
dd) Neuer Anspruch	612
ee) Zeitpunkt	612
c) Berufungssumme und Zulassung	613
aa) Bewertungsfragen	614
bb) Gebührensparende Antragstellung	615
cc) Zeitpunkt der Bewertung	615
dd) Klage und Widerklage	616
ee) Nebenforderungen	616
ff) Zulassungsberufung	616
d) Form- und fristgerechte Einlegung der Berufung	617
aa) Form	617
bb) Frist	624
e) Berufungsbegründung	628
aa) Frist	628
bb) Form und Inhalt	631
2. Entscheidung bei Unzulässigkeit der Berufung	637
III. Entscheidungen bei zulässiger Berufung	639
1. Allgemeines	639
a) Zulässigkeit und Begründetheit der Klage	639
b) Begrenzung des Entscheidungsumfangs	640
aa) Ne ultra petita	641
bb) Keine reformatio in peius	641
cc) Eigene Entscheidung	643
dd) § 533	643
ee) Gutachten bei Bindungswirkungen	644
c) Verfahrensmängel	644
2. Zurückweisung durch Beschluss, § 522 II	647
3. Eigene Sachentscheidung durch Urteil	651
a) Hauptsachentenor	652
b) Prozessuale Nebenentscheidungen	653
aa) Kosten	653
bb) Vorläufige Vollstreckbarkeit	654
c) Entscheidung über die Zulassung der Revision	655
4. Zurückverweisung der Sache an die erste Instanz durch Urteil	657
IV. Anschlussberufung	659
1. Zulässigkeit	659
a) Rechtsnatur und Frist	659
b) Zulässigkeitsvoraussetzungen im Übrigen	660
2. Entscheidung bei zulässiger Anschlussberufung	661
3. Kostenentscheidung bei Verlust der Wirkung	662
V. Gutachten und Urteil	663
1. Rubrum	663
2. Ausführungen zur Zulässigkeit und zur Begründetheit	664
3. Aufbau des Gutachtens	665
a) Grundsatz	665
b) Bindung an die tatsächlichen Feststellungen der ersten Instanz	665
c) Neue Tatsachenfeststellung	666
d) Besonderheiten bei einer eventuellen Zurückverweisung	667
e) Besonderheiten bei der Anschlussberufung	668

Inhaltsverzeichnis

4. Gründe (= Tatbestand und Entscheidungsgründe)	668
a) Inhalt	668
b) Besonderheiten bei Erörterung von Verspätungsvorschriften und den sonstigen Fragen zum Entscheidungsumfang	670
VI. Weitere Überlegungen in der anwaltlichen Praxis	671
1. Zulässigkeitsfragen	671
2. Veränderung der Situation	672
3. Bestimmung des Sach- und Streitstandes	673
4. Verfahrensmängel	674
5. Kosten und vorläufige Vollstreckbarkeit	675
T. Arrest und einstweilige Verfügung	676
I. Gemeinsame Grundlagen	676
1. Zweck und Besonderheiten	676
2. Vorgehen des Gerichts	677
a) Prüfungsumfang	677
b) Mündliche Verhandlung	678
c) Schutzschrift	679
3. Besonderheiten im Rubrum	680
4. Schadensersatz	681
II. Arrest	681
1. Voraussetzungen	681
2. Tenor und Streitwert	682
3. Begründung	683
III. Einstweilige Verfügung	683
1. Voraussetzungen	683
a) Sicherungsverfügung	684
b) Regelungsverfügung	684
c) Leistungsverfügung	685
2. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	685
IV. Rechtsmittel, Widerspruch und Aufhebung	686
1. Erfolgreicher Antrag	686
2. Erfolgreicher Antrag	687
a) Entscheidung durch Beschluss	687
b) Entscheidung durch Urteil	687
c) Anordnung der Klageerhebung	688
d) Aufhebung wegen veränderter Umstände	688
e) Abschlusserklärung	688
3. Keine Anrufung des BGH	688
U. Verkehrsunfall	689
1. Schlüssigkeit (Klägerstation)	689
2. Erheblichkeit (Beklagtenstation)	690
3. Tatsächliche Würdigung (Beweisstation)	691
Sachverzeichnis	693